

AUGE/UG	<i>Mindestlohn</i>
Antrag 7	
Zuweisung	Ausschuss für Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik

Im Ausschuss besteht Übereinstimmung darüber, dass bei Realisierung des im Regierungsprogramm vorgesehenen Generalkollektivvertrags über einen Mindestlohn von 1000 Euro pro Monat ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gesetzt werden würde, dass aber an sich ein höheres Mindestlohn-Niveau anzustreben ist. Kommt es zu einem Generalkollektivvertrag, so wird auch darauf zu achten sein, dass entsprechende Mindestlohnregelungen für nicht von diesem KV erfasste Berufsgruppen installiert werden.

Diskutiert wurde auch die Frage, ob Mindestlöhne jeweils auch als Stundenlöhne ausgewiesen werden sollten. Von der Mehrheit der Ausschussmitglieder wird das z.B. für den Angestelltenbereich nicht für sinnvoll erachtet. Es wird darauf hingewiesen, dass Teilzeitbeschäftigte klarerweise Anspruch auf anteiligen Monats-Lohn haben.